



Ausschussdrucksache 18(18)127

30.09.2015

**Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina /
Deutsche Akademie der Technikwissenschaften - acatech /
Union der deutschen Akademien der Wissenschaften**

Stellungnahme

***„Zur Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft,
Öffentlichkeit und den Medien“***

- Empfehlungen vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen

Juni 2014



Leopoldina
Nationale Akademie
der Wissenschaften



Juni 2014
Stellungnahme

Zur Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und den Medien

Empfehlungen vor dem Hintergrund
aktueller Entwicklungen

Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina | www.leopoldina.org
Deutsche Akademie der Technikwissenschaften – acatech | www.acatech.de
Union der deutschen Akademien der Wissenschaften | www.akademienunion.de

Impressum

Herausgeber

acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V.
(Federführung, gemeinsam mit der BBAW für die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften)
Geschäftsstelle: Residenz München, Hofgartenstraße 2, 80539 München

Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V.
Geschwister-Scholl-Straße 2, 55131 Mainz

Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V.
– Nationale Akademie der Wissenschaften –
Jägerberg 1, 06108 Halle (Saale)

Redaktion

Marc-Denis Weitze

Gestaltung und Satz

unicommunication.de, Berlin

Druck

Komplan Biechteler GmbH & Co KG

Stand: Juni 2014

ISBN: 978-3-8047-3286-5

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie,
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zur Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und den Medien

Empfehlungen vor dem Hintergrund
aktueller Entwicklungen

Vorwort

Wissenschaft und Journalismus gehören zu den unverzichtbaren Eckpfeilern einer demokratischen Gesellschaft. Pressefreiheit und Freiheit der Wissenschaft werden deshalb in der Verfassung garantiert (Artikel 5 des Grundgesetzes). Trotz ihrer notwendigen gegenseitigen Unabhängigkeit und ihrer in weiten Teilen unterschiedlichen Aufgaben erfüllen beide auch ähnliche Funktionen. Sie versorgen Politik und Gesellschaft mit vielfältigen und möglichst zuverlässigen Informationen, stärken Bildung und Wissen der Bevölkerung, regen demokratische Diskurse an und sollen eine Basis für begründete politische, wirtschaftliche und technologische Entscheidungen liefern.

Die für diese Stellungnahme verantwortlichen Akademien sehen die angemessene Wahrnehmung dieser Funktion durch eine Reihe von Entwicklungen im Wissenschafts- und Mediensystem beeinträchtigt. So haben sich die ökonomischen Rahmenbedingungen sowohl der Medien als auch der Wissenschaft in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Die Universitäten leiden in ihrer Mehrzahl unter einer fortdauernden Unterfinanzierung, das Wissenschaftssystem insgesamt verändert sich unter den indikatorenbasierten Leistungsanreizen und einer sich daraus ergebenden Konkurrenz um Aufmerksamkeit. Auch die Medienlandschaft befindet sich unter anderem aufgrund der Digitalisierung und Fragmentierung sowie der sich daraus ergebenden ökonomischen Zwänge in einem tiefgreifenden Umbruch.

Die Akademien beobachten daher die beschriebene Entwicklung mit Besorgnis und halten es für notwendig, dass die Wissenschaft und die Medien selbst, aber auch die politischen Entscheidungsträger und die Gesellschaft einen aktiveren Beitrag leisten, um die Qualität der allgemein zugänglichen Information – und dazu gehören das wissenschaftliche Wissen und seine Darstellung in den Medien – künftig sicherzustellen.

Die vorliegende Stellungnahme wurde von einer Arbeitsgruppe aus Wissenschaftlern und Journalisten erstellt. Sie nimmt die Veränderungen in den klassischen Medien in den Blick und soll auf die beschriebenen Herausforderungen aufmerksam machen. Die dazu ausgesprochenen Empfehlungen verfolgen das Ziel, an den entscheidenden Stellen einen Denkanstoß zu leisten, und dadurch den beobachteten Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Damit ist die Thematik jedoch nicht erschöpfend abgehandelt. So bedürften die „neuen Medien“ (Web 2.0, soziale Medien) einer eingehenderen Betrachtung.



Prof. Dr. Jörg Hacker
Präsident
Leopoldina



Prof. Dr. Reinhard Hüttl
Präsident
acatech



Prof. Dr. Günter Stock
Präsident
BBAW und Akademienunion

Inhaltsverzeichnis

1.	Zusammenfassung.....	6
1.1	Empfehlungen an die Wissenschaft	6
1.2	Empfehlungen an Politik und gesellschaftliche Akteure	6
1.3	Empfehlungen an die Medien	7
2.	Das Verhältnis von Wissenschaft und Medien zur Öffentlichkeit im demokratischen Staat	8
2.1	Das Gebot angemessener Kommunikation	8
2.2	Wandel der Wissenschaftskommunikation	9
2.3	Konstitutive Kommunikationsprobleme der Wissenschaft	11
2.4	Veränderungen des Wissenschaftssystems und des Mediensystems	12
2.5	Synthese	16
	Weiterführende Literatur	18
	Leitfäden zur Wissenschaftskommunikation (Auswahl)	19
3.	Empfehlungen zur zukünftigen Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen.....	20
3.1	Empfehlungen an die Wissenschaft	20
3.2	Empfehlungen an Politik und Gesellschaft	21
3.3	Empfehlungen an die Medien	23
4.	Methodik	26
4.1	Mitwirkende in der Arbeitsgruppe.....	26
4.2	Methodik und Projektverlauf.....	27

1. Zusammenfassung

Wissenschaft und Journalismus gehören zu den unverzichtbaren Eckpfeilern einer demokratischen Gesellschaft. Trotz ihrer notwendigen Unabhängigkeit voneinander und ihrer in weiten Teilen unterschiedlichen Aufgaben erfüllen beide insofern auch ähnliche Funktionen, als sie Politik und Gesellschaft mit vielfältigen und möglichst zuverlässigen Informationen versorgen, Bildung und Wissen der Bevölkerung stärken, demokratische Diskurse anregen und eine Basis für begründete politische, wirtschaftliche und technologische Entscheidungen liefern sollen. Die für diese Stellungnahme verantwortlichen Akademien beobachten daher einige derzeitige Entwicklungen in Wissenschaft und Medien mit Besorgnis und halten es für notwendig, dass die Wissenschaft und die Medien selbst, aber auch die politischen Entscheidungsträger und die Gesellschaft dringend einen aktiveren Beitrag leisten, um die Qualität der allgemein zugänglichen Information – und dazu gehören das wissenschaftliche Wissen und seine Darstellung in den Medien – künftig sicherzustellen. Um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken und die Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien in der Demokratie zu verbessern, geben die Akademien folgende Empfehlungen:

1.1 Empfehlungen an die Wissenschaft

1. Die zentralen Gremien und die Leitungsebenen aller wissenschaftlichen Einrichtungen sollten ihre Kommunikationsstrategien im Hinblick auf die Einhaltung wissenschaftlicher Qualitätsstandards und wissenschaftlicher Redlichkeit über-

arbeiten und gemeinsam mit Journalisten ethische Grundsätze und Qualitätskriterien zur Kommunikation ihrer Forschungsergebnisse an die breite Öffentlichkeit sowie an Massenmedien entwickeln.

2. Den Wissenschaftsorganisationen wird empfohlen, ein übergreifendes Qualitätslabel für vertrauenswürdige Wissenschaftskommunikation zur Auszeichnung institutioneller Pressearbeit unter den genannten Kriterien einzuführen.

3. Das Prinzip der wissenschaftlichen Redlichkeit und Selbstkritik der einzelnen Wissenschaftlerin und des einzelnen Wissenschaftlers sollte im Hinblick auf die Kommunikation mit der Öffentlichkeit bzw. mit den Medien Geltung erlangen und gestärkt werden. So soll u. a. die wissentliche, nicht durch Daten bzw. Evidenzen gedeckte Übertreibung von Forschungsergebnissen gegenüber den Medien (*Hype*) als Verstoß gegen gute wissenschaftliche Praxis gelten und entsprechend sanktioniert werden.

4. Universitäten und Forschungseinrichtungen müssen ihre internen Leistungsmaße verstärkt so gestalten, dass sie nicht ein den Grundsätzen wahrhaftiger Kommunikation widersprechendes Verhalten nahelegen und belohnen.

1.2 Empfehlungen an Politik und gesellschaftliche Akteure

5. Der Politik wird empfohlen, Anreize für Universitätsleitungen wie für die Leitungen anderer Forschungsinstitutionen zu setzen, um redliche Kommunikation zu fördern (siehe Empfehlungen 1. bis 4.).

6. Regierung und politische Parteien sollten der Sicherung des regionalen wie überregionalen unabhängigen Qualitätsjournalismus generell gesteigerte Aufmerksamkeit schenken und die Forschung zur Zukunft und Finanzierung des Qualitätsjournalismus vorantreiben. Bei der Formulierung von Forschungsdesideraten zu diesem Themenkomplex sind auch Vertreter der Medien einzubeziehen.

7. Stiftungen in Deutschland sind aufgefordert, ein künftiges Engagement in der nachhaltigen Förderung des Qualitätsjournalismus zu prüfen.

8. In den Schulen und in der Lehrerausbildung müssen die Regeln und Funktionsweisen des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses stärker vermittelt werden.

1.3 Empfehlungen an die Medien

9. Verlagen, Sendern, Verlegerverbänden, Ausbildungseinrichtungen und (wissenschafts-)journalistischen Berufsverbände wird dringend nahegelegt, die Entwicklung von Qualitätskriterien für die Berichterstattung über Wissenschaftsthemen inhaltlich voranzutreiben und finanziell zu unterstützen. Insbesondere muss eine systematische und kontinuierliche journalistische Aus- und Weiterbildung zur Sicherung der journalistischen Qualität in allen Medien wieder gestärkt, nach außen sichtbar gemacht und insbesondere für die öffentlich-rechtlichen Medien verpflichtend werden.

10. Es wird die Einrichtung eines Wissenschaftspresserats nach dem Vorbild des Deutschen Presserats empfohlen, der

Beschwerden über unfaire und fahrlässige Berichterstattung beurteilt, entsprechende Kodizes erarbeitet und eklatante Fehlleistungen rügt.

11. Die derzeit diskutierte Einrichtung eines Science Media Center in Deutschland zur Unterstützung der Wissenschaftsberichterstattung wird unter der Maßgabe befürwortet, dass eine solche Einrichtung institutionell dauerhaft aufseiten des Journalismus angesiedelt ist.

12. Den Massenmedien, Verlegerverbänden und vergleichbaren Einrichtungen wird empfohlen, gemeinsame Strategien zur Kommunikation der Rolle und Bedeutung eines unabhängigen Journalismus in der Demokratie zu entwickeln. Insbesondere sollen neue Finanzierungsmodelle für einen unabhängigen und wissenschaftsbasierten Qualitätsjournalismus entwickelt werden, der auch die neuen Medien einbezieht.

13. Die öffentlich-rechtlichen Sender werden nachdrücklich dazu aufgefordert, in ihrem redaktionellen Angebot den Informationsauftrag gegenüber dem Unterhaltungsauftrag wieder deutlich zu stärken.

2. Das Verhältnis von Wissenschaft und Medien zur Öffentlichkeit im demokratischen Staat

2.1 Das Gebot angemessener Kommunikation

Es ist ein fundamentales Prinzip demokratisch verfasster Gemeinwesen, dass ihre Bürgerinnen und Bürger, gegebenenfalls vertreten durch ihre Repräsentanten im Parlament, über grundlegende politische Richtungsentscheidungen und die dazu erforderliche Verwendung ihrer Abgaben bestimmen. Daraus folgt das Recht auf Information. In modernen repräsentativen Demokratien ist das Mitwirkungsrecht strukturell auf die gewählten Volksvertreter übertragen worden. Wenn es sich um komplexe Gegenstände handelt, wird deren Bearbeitung häufig gar Expertengremien überantwortet. Die Distanz der Bevölkerung zur direkten Mitwirkung vergrößert sich dadurch noch zusätzlich.

Das Problem der Entfremdung eines großen Teils der Öffentlichkeit von der Teilhabe an politischen Entscheidungen hat seit einiger Zeit zu Politikverdrossenheit sowie zu Forderungen nach mehr Partizipation und deliberativer oder auch direkter Demokratie beigetragen und ist zum Thema der öffentlichen Diskussion geworden. Das damit beschriebene Problem ist gleichermaßen in Bezug auf die Wissenschaft und die Wissenschaftspolitik relevant.

Zum einen ist allgemein anerkannt, dass moderne Gesellschaften immer mehr von Wissenschaft und Technik abhängen. Diese Bedeutung von Wissenschaft und Technik schlägt sich sowohl in umfangreichen finanziellen Zuwendungen vonseiten des Staates als auch in einer breit angelegten Wissenschafts-, Technolo-

gie- und Innovationspolitik nieder. Zum anderen besteht seit den 1970er Jahren in allen Industriestaaten vermehrt ein Bewusstsein dafür, dass der wissenschaftliche Erkenntnisfortschritt und die technologische Entwicklung unbeabsichtigte Nebenfolgen zeitigen. Dies hat wiederholt zu öffentlichen Protesten und schließlich zur politischen Organisation der Kritiker dieser Entwicklung geführt. Dennoch erhalten die Funktionsweise der Wissenschaft und die sie fördernde und regulierende Politik selten eine breite öffentliche und mediale Aufmerksamkeit, sei es aus dem Grund, weil sie außerhalb des Erfahrungsbereichs der großen Mehrheit der Menschen liegen, sei es deswegen, weil sie eine hoch spezialisierte Materie darstellen, die den meisten unzugänglich bleibt.

Dieser Zustand ist in mehrfacher Hinsicht unbefriedigend. Der Wissenschafts- und Technologiepolitik fehlt dadurch oft die begleitende öffentliche Diskussion, in der Chancen und Risiken verhandelt werden. Die breite Öffentlichkeit bleibt somit im Hinblick auf wissenschafts- und technologiepolitische Fragen tendenziell unterinformiert. Information ist zwar keine hinreichende Bedingung für angemessene Kommunikation, aber aufgrund der genannten Defizite kommt es immer wieder zu überraschend heftigen Reaktionen aus der Öffentlichkeit, die dann in verhärteten, der Kompromissfindung verschlossenen und erst im Nachhinein stattfindenden Diskursen artikuliert werden und auf der Gegenseite zu ebenso verständnislosen Reaktionen führen. Als Beispiele seien die Debatten über die Kernenergie in den 1970er Jahren, die grüne Gentechnik oder aktuell das Fracking

genannt. In einigen wenigen extremen Fällen entwickelten sich die Auseinandersetzungen als Folge von Polarisierung und Gewaltbereitschaft sogar zu Bedrohungen demokratischer und rechtsstaatlicher Verfahren selbst. Eine transparente und offene, der Sache angemessene Kommunikation der infrage stehenden Probleme sowie die aktive Information der Öffentlichkeit über die möglichen politischen Optionen und ihre Risiken sind die Voraussetzung einer ergebnisoffenen Einbeziehung der Öffentlichkeit in den wissenschafts- und technologiepolitischen Diskurs. Sie ist ein fundamentales Erfordernis demokratischer Staaten, dem sich weder die Wissenschaft noch die Politik entziehen können.

2.2 Wandel der Wissenschaftskommunikation

Die Wissenschaftskommunikation wird hier im Sinne einer beständigen und aktiven Information der Öffentlichkeit durch die Forschungseinrichtungen, Universitäten und andere Wissenschaftsorganisationen über Erkenntnisfortschritte der Wissenschaft sowie über deren gesellschaftliche und politische Implikationen verstanden. Sie hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Die maßgeblichen Veränderungen lassen sich einerseits auf die gestiegenen Erwartungen der Öffentlichkeit (fokussiert durch NGOs und Medien) an eine angemessene Unterrichtung zurückführen. Andererseits hat die Politik seither eine größere Sensibilität gegenüber diesen Ansprüchen auf Transparenz entwickelt. Des Weiteren hat sich auch die Wissenschaft selbst der Gesellschaft gegenüber geöffnet und den Wert einer verständlichen Kommunikation ihrer Ergebnisse entdeckt. Mit zum Teil großem Enthusiasmus und ebensolchem Engagement wenden sich heute einzelne Forscher oder ganze Institutionen gezielt auch an Laien – in „Science Slams“, bei Wissenschaftsfestivals, Kinderunivorlesungen oder zahlreichen Kooperationsprojekten mit Schulen. Auch die Wissen-

schaftsorganisationen fördern inzwischen dieses Engagement durch Maßnahmen wie etwa die Einrichtung eines „Communicator-Preises“ durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG).

Dabei haben sich die Formate der Wissenschaftskommunikation nach und nach deutlich verändert. Die zuerst in den 1980er Jahren im angloamerikanischen Raum aufgelegten wissenschaftsgetriebenen Formate firmierten unter der Bezeichnung *Public Understanding of Science* (PUS). Sie zielten sowohl auf die Werbung für wissenschaftlichen Nachwuchs als auch auf eine höhere Akzeptanz von Wissenschaft und Technik – ausgehend von der Annahme, dass diese durch eine bessere Bildung in den und Information über die Naturwissenschaften gleichsam automatisch erreicht werde. Unter dem Eindruck der Kritik an dieser paternalistischen Grundannahme sowie der faktischen Widerlegung der These, dass besseres Verständnis zwingend zu höherer Akzeptanz führe, wurden die Formate umgestellt. (Im Grunde geht es um die Umstellung von einer einseitigen zu einer wechselseitigen Kommunikation). *Wissenschaft im Dialog* und *Wissenschaftsjahre* in Deutschland oder *Public Engagement with Science and Technology* in England sind heute nicht nur die Namen, sondern auch die Programme entsprechender Organisationsformen.

Damit ist allerdings noch nicht sichergestellt, dass der proklamierte Dialog oder das „public engagement“ auch wirklich stattfindet. Tatsächlich ist eine auf gegenseitiges Lernen hin ausgerichtete Dialogkultur bis heute nur in Ansätzen zu beobachten. Vor allem die von PR-Firmen entwickelten Werbeformate mit Kampagnencharakter, die sich zumeist an ein unspezifisches Massenpublikum richten und dessen Akzeptanzbereitschaft erhöhen sollen, erreichen das Ziel dialogischer Wissenschaftskommunikation und eine intensivierte Partizipation genau nicht.

Auf dem Weg der Informationen von der Wissenschaft zur Öffentlichkeit und deren Einordnung spielen die klassischen Medien Presse, Rundfunk und Fernsehen – und in diesen insbesondere der Wissenschaftsjournalismus – seit vielen Jahrzehnten eine wichtige und zentrale Rolle. Allerdings hat sich der Charakter des Wissenschaftsjournalismus verändert, auch weil die Medien einem großen Ökonomisierungsdruck ausgesetzt sind. Dieser bleibt auch für die Wissenschaftsberichterstattung, die eine neutrale Darstellung, Kontextualisierung und kritische Hinterfragung gewährleisten sollte, nicht ohne Folgen (siehe 2.4)

Inzwischen ist, bedingt durch die neuen Medien, zudem eine ganz neue Dimension der Kommunikation zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft entstanden: Die Wissenschaft und ihre Institutionen sind über das Internet für jeden direkt zugänglich, sie sind auch Gegenstand von *Blogs* und anderen *social media* geworden. Das heißt, dass sich die Mitglieder spontan entstehender Netzwerke verschiedener Internetplattformen unabhängig von den redaktionell bearbeiteten Medien über wissenschaftliche Fachthemen austauschen bzw. mit der Wissenschaft über diese kommunizieren. So wird beispielsweise der Dialog über strittige Themen von Bürgerinitiativen in jüngerer Zeit rege eingefordert. Aufgrund ihrer fallweisen Breitenwirkung stellen sie eine eigene Herausforderung für die Wissenschaft dar und verlangen infolgedessen nach neuen Formen ihrer Legitimierung und Rechtfertigung. Obgleich der faktische Einfluss der neuen Medien speziell auf die Wissenschaft noch weitgehend unerforscht ist, lassen z. B. die *Plags* oder Seiten wie *retraction watch* im Zusammenhang mit der Suche nach Plagiaten und anderen Verletzungen der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis erahnen, welche potenziellen Auswirkungen der Wissenschaft von dieser neuartigen Kommunikationsform erwachsen

können. Unter dem Eindruck all dieser Entwicklungen kann davon ausgegangen werden, dass das Interesse an und die Aufmerksamkeit eines gewissen Teils der Öffentlichkeit für die Wissenschaft, für die Implikationen neuer Erkenntnisse und für die politischen Folgerungen im Hinblick auf Regulierungen zugenommen haben. Dies bedeutet jedoch keinesfalls eine größere und gar bedingungslose Zustimmung. Vielmehr hat das Vertrauen in Institutionen allgemein, darunter auch in die Wissenschaft, abgenommen.¹

Darüber hinaus fällt auf, dass wissenschaftlichen Experten weniger vertraut wird. Dieser Umstand ist darauf zurückzuführen, dass Forschungsergebnisse häufig als gesichert und damit als unhinterfragbar kommuniziert werden (wie etwa im Fall des Waldsterbens²) bzw. Expertisen bestimmten Interessengruppen mit einseitigen Argumenten oder Interpretationen von Forschungsergebnissen entgegenkommen (indem sie z. B. Zweifel an dem Zusammenhang zwischen Rauchen und der Entstehung von Krebs säen). Zudem informieren sich die Bürgerinnen und Bürger heute aus einer Vielzahl leicht über das Internet zugänglicher Quellen, was zur Folge hat, dass sie Experten nicht selten mit Skepsis begegnen. Dies gilt sowohl in Bezug auf öffentliche Diskurse um wissenschaftsbezogene Themen (z. B. Stammzellforschung, Klimawandel³ oder gentechnisch veränderte Nahrungsmittel) als auch im Hinblick auf individuelle Kontakte zu Experten (exemplarisch deutlich wird dies am Arzt-Patienten-Verhältnis).

1 Gauchat, G. (2012): Politicization of Science in the Public Sphere A Study of Public Trust in the United States, 1974 to 2010. *American Sociological Review*, 77(2), 167-187; Weingart, P., Lentsch, J. (2008): *Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück, 14; Power, M. (1999): *The Audit Society. Rituals of Verification*. Oxford: Oxford University Press.

2 Metzger, B. und Wagner, R.: Der Fall Waldsterben in Deutschland. (Expertise für die Arbeitsgruppe).

3 Schulz, P.: Was haben der Diskurs zum Klimawandel und der Diskurs über die Evolutionstheorie gemein? (Expertise für die Arbeitsgruppe).

Die angedeutete Entwicklung wird durch den Umstand verstärkt, dass sich die Form der Information der Öffentlichkeit über wissenschaftliche Sachverhalte ebenfalls grundlegend verändert hat. Noch in den 1980er Jahren kommunizierten Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten vor allem im Stil der Popularisierung von Wissen, das durch die Wissenschaft zertifiziert war und somit als gesichert (konsolidiert) galt. Erst in der Folgezeit rückte die Berichterstattung immer näher an die Fronten der Forschung (*cutting edge research*), richtete sie sich auf aktuelle wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Diskussionsprozesse, in denen das jeweils infrage stehende Wissen noch unsicher und unter den Mitgliedern der betreffenden Fachgemeinschaften selbst umstritten ist. Dadurch hat sich die Wahrnehmung der Autorität wissenschaftlicher Experten in der Öffentlichkeit ebenfalls grundlegend verändert. An die Stelle des Wissenschaftlers, dessen Urteil oft als alternativlos und stellvertretend für die gesamte relevante Expertengemeinschaft galt, ist der Eindruck einer gewissen Beliebigkeit des Expertenurteils, der möglichen Bindung an politische Positionen und/oder wirtschaftliche Interessen und vor allem der Unsicherheit und der Vorläufigkeit getreten. Dieser Eindruck wird auch dadurch unterstützt, dass Wissenschaftler selbst Unternehmen in innovativen Technikfeldern gründen und die Interessenneutralität hierunter erheblich gelitten hat. Diese Entwicklung ist insofern bemerkenswert, als in dem Augenblick, da Öffentlichkeit und Wissenschaft aufgrund der intensiveren Informierung einander nähergekommen zu sein scheinen, die Unsicherheiten des Wissens und die Fragilität der Expertenurteile besser erkennbar geworden sind und auch deutlicher kommuniziert werden. Somit hat die Wissenschaft die ihr zuvor zugebilligte privilegierte Rolle und ihre Autorität stark eingebüßt.

2.3 Konstitutive Kommunikationsprobleme der Wissenschaft

Der zumindest partielle Verlust der demokratischen Legitimität im Sinne der öffentlichen Zustimmung zur Wissenschaft ist insofern gravierend, als der Wissenschaft in der Demokratie der heutigen Zeit eine besondere Funktion zukommt. Sie ist in modernen Gesellschaften als Institution idealiter Garant der Sachgerechtigkeit politischer Entscheidungen. Die auf Sachgerechtigkeit statt politisch gebotenen Kalkülen beruhende Rationalität stellt neben Abstimmungsentscheidungen und der Delegation von Macht qua Wahlen die Grundlage der Legitimation demokratischer politischer Systeme dar.⁴ Die Gefahr eines Kommunikationsversagens zwischen der Wissenschaft einerseits und der Öffentlichkeit, der Politik und der Medien andererseits ist jedoch groß. Die zunehmend experimentell selbst geschaffenen Erfahrungswelten und die zu ihrer Bearbeitung entwickelten Spezialsprachen der Wissenschaft haben zwar spektakuläre Erkenntnisfortschritte ermöglicht, sie vergrößern aber hinsichtlich ihrer Bezüge zur Alltagswelt und ihres Verständnisses kontinuierlich die Distanz zwischen der Wissenschaft und ihrer gesellschaftlichen Umwelt, zwischen den auch untereinander differenzierten Experten und dem Laienpublikum. Einige dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse haben zugleich gravierende Implikationen für die gesellschaftliche Wertordnung und/oder Institutionen (z. B.: Soll die genetische Diagnose von Embryonen erlaubt sein? Darf die Rechtskonstruktion des verantwortlichen Entscheidens als Folge neuer Erkenntnisse der Psychologie und Hirnforschung aufgehoben werden?). Außerdem kommt es u. a. zu einer von der Wissenschaft und den Me-

4 Schmidt-Aßmann, E. (2008): Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Politikberatung: Demokratische und rechtsstaatliche Rationalität, S. 19. In: Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.) (2008): *Leitlinien Politikberatung*. Berlin, 19-31.

dien gleichermaßen zu verantwortenden simplifizierenden Berichterstattung. Ein herausragendes Beispiel ist die Reduktion komplexer Sachverhalte auf einfache Zahlen (s. die Diskussion um die PISA-Ränge), die in der öffentlichen Diskussion als „objektiv“ gelten, ohne dass auf die hinter ihnen sich verbergenden Messprobleme aufmerksam gemacht wird. Das Problem der Kommunikationsstörung oder gar des drohenden Kommunikationsversagens verschärft sich tendenziell fortwährend. Dies gilt umso mehr, wenn man die jüngeren Veränderungen der Wissenschaft und der für die Kommunikation vorrangig verantwortlichen Medien näher betrachtet.

2.4 Veränderungen des Wissenschaftssystems und des Mediensystems

Sowohl das Wissenschaftssystem als auch die Massenmedien unterliegen derzeit den größten Umwälzungen in ihrer jüngeren Geschichte. Diese lassen sich unter den Stichworten Ökonomisierung und Medialisierung fassen. Das betrifft insbesondere die jeweiligen Finanzierungs-, Kommunikations- und Qualitätssicherungsstrukturen – zum Teil in ähnlicher, zum Teil in unterschiedlicher Weise. Diese Veränderungen bieten einerseits Chancen zu Verbesserungen der Kommunikation von Wissenschaft in Öffentlichkeit und Politik, bergen andererseits jedoch auch erhebliche Risiken für die künftige Erfüllung der normativen Aufgaben beider Bereiche (u. a. im Sinne von Artikel 5 des Grundgesetzes).

2.4.1 Das Wissenschaftssystem

Die besonders tiefgreifenden Veränderungen des Wissenschaftssystems betreffen vor allem die engere Einbindung vorrangig der Natur- und Technikwissenschaften in den wirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess. Die relevanten Wissenschaftszweige sind integraler Bestandteil der jeweiligen nationalen – aber auch internationalen – Innovationssysteme. Dieser Aspekt der

Ökonomisierung äußert sich u. a. in dem Anteil der privaten Finanzierung von Forschung und Entwicklung, der in Deutschland seit 1989 bei über 60 Prozent liegt. Diese Entwicklung ist nicht ohne Auswirkungen auf die Organisationen der Wissenschaft geblieben, allen voran die Kerninstitution Universität. Die Universitäten unterliegen dem Regime des *New Public Management*.⁵ Dieser zweite Aspekt der Ökonomisierung bedingt, dass die Universitäten im Sinn von Unternehmen geleitet werden und in ihren Handlungsstrategien der Logik der Märkte von Auftraggebern (Drittmittelbeschaffung) und jener von künstlich geschaffenen Quasimärkten folgen müssen. Für die Zuweisung materieller Ressourcen müssen sich sowohl die Universitäten als Organisationen als auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler internationalen Vergleichen stellen (Rankings), und sie werden dazu – allerdings nur in Teilbereichen (so vor allem Medizin, Natur- und Wirtschaftswissenschaften) – nach quantifizierbaren Indikatoren bewertet. Die durch Rankings und die finanzielle Abhängigkeit massiv intensivierte Konkurrenz zwischen Universitäten motiviert diese zu – von der Politik gewollten und u. a. durch Förderprogramme (Exzellenzinitiative) bewirkte – Profilierungen im Sinne von Differenzierungen untereinander sowie zur werbenden Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit. Zugleich löst die ungleiche Wahrnehmung über Rankings etc. von Fachbereichen und Fächern eine weitere Spannung innerhalb der Universität als Institution aus. Analog dazu werden auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch differenzielle Entlohnung wie Ziel- oder Leistungsvereinbarungen motiviert, ihre Forschungsergebnisse international sichtbar zu publizieren und

5 Bogumil, J. et al.: Zwischen Selbstverwaltungs- und Managementmodell. Umsetzungsstand und Bewertungen der neuen Steuerungsinstrumente in deutschen Universitäten, in: Grande, E., Jansen, D., Jarren, O., Rip, A., Schimank, U., Weingart, P. (Hrsg.) (2013): Neue Governance der Wissenschaft. Reorganisation – externe Anforderungen – Medialisierung. Bielefeld: Transcript, 49-72.

außerdem – über die Massenmedien – einer breiteren Öffentlichkeit zu kommunizieren. Die Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit (sog. *outreach*) geht vielfach auch in die Bewertungsverfahren ein. Das entspricht grundsätzlich dem Gebot öffentlicher Rechenschaftspflicht und fördert institutionell die Verantwortung der Wissenschaft gegenüber der Öffentlichkeit. Es kann aber dann zu Verzerrungen führen, wenn die betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler um der Reputation willen nur die Vorteile und Chancen ihrer Forschungsarbeiten kommunizieren, während sie die gesellschaftlichen Implikationen und Risiken außen vor lassen.⁶

Die Umstellung des Wissenschaftssystems auf das *New Public Management* hat einer Umorientierung des Verhaltens von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen Vorschub geleistet. Vorrangig zu nennen ist das Interesse an öffentlicher Aufmerksamkeit zur Legitimation von staatlichen Ressourcenzuweisungen und – in einem verstärkten Maße auch – der Einwerbung von privaten Forschungsgeldern. Die Ausrichtung nach Wettbewerbsbedingungen hat sicher zur Profilierung und Qualitätssicherung der Forschung beigetragen. Aber es gibt auch Schattenseiten: Diese Rahmenbedingungen begünstigen ein Kommunikationsverhalten, das durch Eigeninteresse motiviert ist. Die Universitäten und Forschungseinrichtungen haben ihre Presseabteilungen zu professionellen Public-Relations-Abteilungen ausgebaut. Damit tritt die Eigenwerbung auf Kosten einer sachgerechten Darstellung von Wissenschaft in den Vordergrund.⁷ Die Wissenschaftler

müssen zunehmend ihre Forschungsergebnisse möglichst medienwirksam kommunizieren. Da sie auf diese Weise grundsätzlich der demokratisch gebotenen Berichtspflicht der Wissenschaft nachkommen, ist die gewachsene Bereitschaft der Wissenschaftler zur Kommunikation ausdrücklich zu begrüßen. Aufgrund der verschärften Konkurrenz kann es jedoch auch zu Übertreibungen, zur Veröffentlichung noch nicht gesicherter Ergebnisse und im extremen Fall zu Fälschungen von Daten oder anderen Verletzungen der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis kommen. Zudem verschwimmt die Grenze zwischen Kommunikation und Marketing, und Pressestellen dienen häufig der Eigenwerbung statt der Vermittlung wissenschaftlicher Informationen – oder sie werden zumindest in der Öffentlichkeit so wahrgenommen.

Die Orientierung der Wissenschaftskommunikation an der Massenöffentlichkeit (Medialisierung) hat zum Teil auch die wissenschaftlichen Kommunikationsorgane selbst erfasst. Einflussreiche Fachjournale wie *Nature* und *Science* gleichen sich in ihrer redaktionellen Strategie jener der Massenmedien an.⁸ Die die Publikationen ermöglichenden gewinnorientierten Organisationen kämpfen um öffentliche Aufmerksamkeit und wählen ihre Beiträge daher nicht mehr ausschließlich nach wissenschaftlichen Kriterien aus, sondern zunehmend auch nach ihrem medialen und öffentlichkeitswirksamen Nachrichtenwert. Ein nachweisbarer Effekt ist die Selektion von Themen, die breites Interesse erwarten lassen (Motto: „Dinosaurier gehen immer“). Da solche Zeitschriften zugleich sehr hohe Impact-Faktoren haben, genießen Veröffentlichungen in ihnen einen

6 Rödder, S.: Die Rolle sichtbarer Wissenschaftler in der Wissenschaftskommunikation. (Expertise für die Arbeitsgruppe); Kohring, M., Marcinkowski, F., Lindner, C., Karis, S. (2013): Media Orientation of University Decision Makers and the Executive Influence of Public Relations. *Public Relations Review*, 39 (3), 171-177.

7 Peters, H. P., Brossard, D., De Cheveigné, S., Dunwoody, S., Kallfass, M., Miller, S., Tsuchida, S. (2008): Interactions with the mass media. *Science* 321.5886: 204; Marcinkowski, F., Kohring, M., Friedrichsmeier, A., Fürst, S. (2013): Neue Governance und die Öffentlichkeit der

Hochschulen. In: Grande, E., Jansen, D., Jarren, O., Rip, A., Schimank, U., Weingart, P. (Hrsg.) (2013): *Neue Governance der Wissenschaft. Reorganisation – externe Anforderungen – Medialisierung*. Bielefeld: Transcript, 257-288.

8 Franzen, M.: Medialisierungstendenzen im deutschen Wissenschaftssystem. (Expertise für die Arbeitsgruppe).

hohen Stellenwert in Evaluationen und verleihen hohe Reputation innerhalb der Wissenschaft.

Welche Auswirkungen diese Medialisierung der Wissenschaftskommunikation auf die Wissenschaft selbst hat, beginnt man gerade zu erforschen. Es ist zwar einerseits zu begrüßen, dass die Wissenschaft aufgrund dieser Öffnung gegenüber dem Publikum der Massenmedien erhöhte Aufmerksamkeit für ihre Funktion in der Gesellschaft erfährt. Andererseits beginnt sich zu zeigen, dass die Orientierung der wissenschaftlichen Fachkommunikation an der massenmedialen Aufmerksamkeit zu Problemen der internen Qualitätssicherung und damit der Glaubwürdigkeit führen kann. Gleichzeitig stehen selbst renommierte Fachpublikationen unter einem zunehmenden Konkurrenzdruck durch kostengünstige Review-Modelle aus dem Open-Access-Bereich. Die Auswirkungen dieses Drucks auf die Glaubwürdigkeit und Begutachtungsqualität sind derzeit noch nicht absehbar. Eine (neben der im folgenden Abschnitt behandelten Medienkrise) heranziehende Fachmedienkrise aber könnte die innerwissenschaftliche Qualitätskontrolle zusätzlich gefährden.

2.4.2 Das Mediensystem und der Wissenschaftsjournalismus

Nicht minder gravierend als die Veränderungen im Wissenschaftssystem sind die Veränderungen im Mediensystem. Hier ist zunächst zwischen allgemeinen Entwicklungen der Massenmedien insgesamt und speziellen Entwicklungen des Wissenschaftsjournalismus als Substruktur innerhalb des Mediensystems zu unterscheiden.

Seit etwa zehn Jahren wird in unterschiedlicher Weise über verschiedene Aspekte der – letztlich durch die Etablierung des Internet in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre beginnenden – Medienkrise debattiert, deren Ausmaß erst

in jüngster Zeit langsam ins öffentliche Bewusstsein dringt. Der plakative Begriff der Medienkrise ist wiederum zu differenzieren in eine Krise der Erlösmodelle (Rückgang von Anzeigenerlösen ebenso wie die aufgrund von Online-Gratisangeboten sinkende Zahlungsbereitschaft von Mediennutzern), in eine (mögliche) Krise des Publikumsinteresses bei insgesamt zunehmendem, aber auch zunehmend fragmentierten Medienangebot sowie in eine Krise der journalistischen Qualität unter den als Folge des ökonomischen Drucks erschwerten Arbeitsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten.

Die Dynamik dieser Entwicklungen erscheint umso bemerkenswerter, wenn man ihren Ausgangspunkt vor zum Teil noch nicht einmal 15 Jahren betrachtet: Regionale wie überregionale Verlagshäuser erzielten noch in den 1990er Jahren Renditen von bis zu 40 Prozent. Auflagen stiegen vielerorts ebenso kräftig wie Anzeigenaufträge. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkmedien konnten auch dank eines breiten Angebots an Programmen hohe Reichweiten vorweisen. Zumindest grundsätzlich befanden sich also ausreichend Mittel im System, um journalistische Qualität zu ermöglichen. Diese wurden jedoch oft zur Verbreiterung des Angebots genutzt, um mehr Anzeigenkunden anzuziehen, und weniger zur Vertiefung der Qualität.

Die Tatsache, dass ein Ausbau der Qualität insbesondere im Hinblick auf die Wissenschaftsberichterstattung auch zum damaligen Zeitpunkt keineswegs überall gelang, mag zum einen der grundsätzlichen Komplexität derselben und zum anderen der Befürchtung mancher Redaktionsleitungen, dass damit – im Unterschied zu Nachrichten über Sport, Lokales und oft auch Politik – keine breiten Leserschichten gewonnen werden können, geschuldet sein. Insofern ist als weiterer und wichtigerer Grund für eine oft defizitäre Wissenschaftsberichterstattung die

Tradition und Struktur der Medien selbst anzunehmen. So erhielten etwa in Tageszeitungen Themen aus Naturwissenschaft und Technik lange Zeit nur im Ausnahmefall einen eigenen Platz oder wurden gar von einem entsprechend spezialisierten Redakteur oder gar Ressort betreut, so dass noch 1990 von der Wissenschaft als einem „verspäteten Ressort“⁹ gesprochen werden konnte.

Gleichwohl hat der Wissenschaftsjournalismus in Deutschland zwischen der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts einen international wohl beispiellosen Aufschwung erlebt. Die privaten Sender entdeckten, dass Wissenschaft kein Quotenkiller ist. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten folgten dem gleichen Trend. Zu den Schlüsselementen hierfür dürften die großen biopolitischen Debatten (embryonale Stammzellen¹⁰, Klonen und die Humangenomprojekte) oder die Klimadebatte ebenso zählen wie Nachahmereffekte unter den Leitmedien: Im Printbereich, unter den großen Tageszeitungen – die bis heute als Leitmedien Onlineangebote und Fernsehberichte beeinflussen und an denen sich die Journalistenausbildung noch immer orientiert – regte das programmatische Bio-Feuilleton der FAZ andere, bis dahin wissenschaftsferne Chefredaktionen zur Nachahmung an; Line Extensions (z. B. GEO, Spektrum) und Zeitschriftenneugründungen (z. B. ZeitWissen, SZWissen) befeuerten sich gegenseitig. Selbst regionale Medien reagierten mit der Einrichtung spezialisierter Wissenschafts-, Medizin- und/oder Technikressorts oder zumindest mit der Einstellung einzelner Wissenschaftsredakteure auf ein zum Teil antizipiertes, zum Teil in Leserumfragen belegtes Publikumsinteresse an Wissenschaftsthemen.

Damit ging zumindest in den Printleitmedien eine verstärkte Loslösung vom „Paradigma Wissenschaftspopularisierung“¹¹ hin zu einem Rollenbild eines professionelleren Wissenschaftsjournalismus einher, das sich stärker an der weithin akzeptierten Kritik- und Kontrollfunktion des allgemeinen (politischen) Journalismus orientiert.

Der Aufschwung des Wissenschaftsjournalismus fand mit der Krise des Mediensystems allerdings vielerorts ein jähes Ende. So fielen gerade die noch jungen und wenig etablierten Kleinressorts oft als erste Sparmaßnahmen zum Opfer – ungeachtet der tatsächlichen Nachfrage nach diesen Themen bei Rezipienten. Die Fragmentierung der Medienlandschaft durch die neuen Medien und Gratis-Online-Angebote begünstigen jene Themenkomplexe, die weiterhin besonders hohe Reichweiten versprechen, allen voran Skandale, Katastrophen und Verbrechen, Sport, Stars und sonstige Unterhaltung. Spartenangebote wie die Wissenschaftsberichterstattung geraten zunehmend unter Druck, nicht zuletzt auch, weil sie sich wegen ihres vergleichsweise ungünstigen Verhältnisses von (Recherche-)Aufwand und Ertrag besonderen ökonomischen Herausforderungen stellen müssen. Gerade für freie Wissenschaftsjournalisten führt dies zu existenziellen Fragen und der Gefahr einer zunehmenden Vermischung der Tätigkeitsfelder PR und Journalismus. Legt man zudem interne Medienanalysen von Wissenschaftsorganisationen zugrunde, kann bei vorsichtiger Schätzung angenommen werden, dass von den durch die Massenmedien aufgegriffenen Pressemitteilungen dieser Institutionen mehr als jede zehnte Pressemitteilung von den Redaktionen praktisch 1:1 übernommen wird – nicht zuletzt aufgrund der personell und strukturell verschärften Situation.

9 Hömberg, W. (1989): Das verspätete Ressort: die Situation des Wissenschaftsjournalismus. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.

10 Vgl. Schönbauer, T.: Der Fall Stammzellen. (Expertise für die Arbeitsgruppe).

11 Kritisch dazu: Kohring, M. (1997): Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Innerhalb der Redaktionen ist unter dem ökonomischen Druck ferner eine tendenzielle Rückwärtsorientierung des Wissenschaftsjournalismus zum Primat der (massenwirksameren) Wissenschaftspopularisierung eine logische Folge. Für die privaten Sender erschließen sich mit populären Formaten auch wissenschaftsferne Zielgruppen. Wissenschaft, Technik und vor allem Medizin stoßen weiterhin bei vielen Rezipienten auf ein großes Interesse, das für die Medienhäuser besonders attraktiv ist, wenn Nutzwertthemen z. B. der Bereiche Ernährung, Gesundheit und Technik zur Information oder zur puren Unterhaltung aufgegriffen werden. Zum Teil könnte man in diesem Zusammenhang auch von einer Renaissance des Wissenschaftsjournalismus des Staunens („Gee-Whiz!“¹²) sprechen. Wichtige, aber medial sperrigere Themen aus der Wissenschaft (inklusive der kompetent-kritischen Beobachtung des Wissenschaftssystems und der Wissenschaftspolitik) treten oft gegenüber den Mainstream-Themen wieder in den Hintergrund – von wenigen Leitmedien abgesehen. Dieser wissenschaftsjournalistische Berichterstattungs-bias wird noch zusätzlich durch die Eigendarstellung vieler Wissenschaftsinstitutionen gefördert, die mit eigenen journalistisch aufgemachten Produkten (über neue sowie traditionelle Verbreitungs-kanäle, z. B. „Forschungsmagazine“) Marketing betreiben und damit – unter Umgehung des Journalismus als zwischengeschalteter und kritischer Instanz – gelegentlich in direkter Konkurrenz mit den Angeboten der Massenmedien an eine breite Rezipientenschaft herantreten. Gerade weil diese Artikel formal jenen von unabhängigen Medienprodukten ähneln, können sie bei Laien den Eindruck erwecken, neutral zu sein, sind es aufgrund ihres Auftraggebers

und ihrer Zielsetzung aber nicht und täuschen damit den Konsumenten.

2.5 Synthese

Betrachtet man die skizzierten Entwicklungen zusammen, so ergibt sich eine paradoxe Situation: Die Krise der kompetenten *Kritikfähigkeit* der Massenmedien und des darin verankerten Wissenschaftsjournalismus geht mit einer wachsenden Kontroll- bzw. externen Beobachtungsnotwendigkeit in Teilen der Wissenschaft selbst einher. Der Editor der Fachzeitschrift *Public Understanding of Science*, Martin Bauer, formuliert es so: „When independent science journalism is most needed, its economic basis is eroding.“¹³ Wettbewerbliche Elemente in der Wissenschaft führen zwar nicht zwangsläufig zu einer Nichteinhaltung wissenschaftlicher Standards. Je stärker die Wissenschaft aber ihre – idealtypisch formuliert – ausschließlich wissenschaftlichen Standards verpflichtete Praxis verlässt und sich zunehmend den Gesetzen der Ökonomie und einem verschärften institutionellen Wettbewerbsdruck unterwirft, desto größer erscheint in sowohl funktionaler als auch normativer Hinsicht die Notwendigkeit einer Beobachtung und öffentlichen Kritik (Kontrolle im Sinne einer Watchdog-Funktion) durch einen kompetenten und kritischen Wissenschaftsjournalismus.¹⁴ Seitens der Wissenschaft und ihrer Institutionen ist zudem nicht zuletzt mit dem Aufschwung der neuen Medien und der – zumindest theoretischen – Möglichkeit einer *Direct-to-Consumer*-Kommunikation ein Trend

12 Jerome, F. (1986): Gee Whiz! Is That All There Is? In: Friedman, S. M., Dunwoody, S., Rogers, C. L. (Hrsg.): *Scientists and journalists: Reporting science as news* (AAAS Issues in Science and Technology Series). New York: The Free Press, 147-154.

13 Bauer, M. W. (2013): The Knowledge Society Favours Science Communication, but Puts Science Journalism into the Clinch. In: Baranger, P., Schiele, B. (Hrsg.) (2013): *Science Communication Today. International perspectives, Issues and Strategies*, Paris: CNRS Editions.

14 Blattmann, H., Jarren, O., Schnabel, U., Weingart, P. und Wormer, H.: Kontrollfunktion der Medien gegenüber der Wissenschaft? (Expertise für die Arbeitsgruppe). Butler, L. (2010): Impacts of performance-based research funding systems: a review of the concerns and the evidence. Presentation to OECD-Norway Workshop on Performance-Based Funding for Public Research in Tertiary Education Institutions Paris (Vol. 21).

zur Vermischung von Wissenschaftsjournalismus und Wissenschafts-PR zu beobachten. Aus diesem Grund sowie aus normativer Perspektive ist eine Tendenz zur Gleichsetzung von Wissenschafts-PR und Wissenschaftsjournalismus im Hinblick auf die Versorgung der Öffentlichkeit mit möglichst unabhängigen Informationen als gravierendes Qualitätsdefizit anzusehen. Es ist ferner zweifelhaft, inwieweit der Versuch einer breiten Kommunikation von Wissenschaft in die Gesellschaft (inklusive der bildungsfernen Schichten) durch wissenschaftliche Institutionen direkt, also unter Verzicht auf den reichweitenstärkeren Wissenschaftsjournalismus, überhaupt inhaltlich und volkswirtschaftlich sinnvoll wäre. Außerdem stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß diese neue Intensität der Kommunikation noch den eigentlichen Aufgaben der Forschungsinstitutionen entspricht.

Umgekehrt setzt ein Mehrwert des Wissenschaftsjournalismus in seiner Kommunikations- und Kritikfunktion gegenüber einer direkt kommunizierenden Wissenschaft eine journalistische Qualität voraus, die der Journalismus nur durch eine hinreichende personelle Ausstattung, weitere Professionalisierung, durch eine Weiterentwicklung von Qualitätsstandards¹⁵ und deren aktive Kommunikation sowie eine dies gewährleistende Finanzierung¹⁶ sicherstellen kann. Die neuen Medien liefern eine interessante Ergänzung zu den bisherigen Strukturen, werden diese aber keinesfalls vollständig ersetzen können. Ohne neue Finanzierungsmodelle, ohne eine – zumindest zeitweise bzw. in einer Übergangsphase erfolgende – Unterstützung durch Politik und/oder Stiftungen sowie eben auch

durch die Wissenschaft selbst wird es viele klassische Qualitätsmedien (vor allem im Printbereich) in der jetzigen Form in absehbarer Zeit wohl nicht mehr geben. Eine derartige Unterstützung der Massenmedien, die deren Unabhängigkeit allerdings gewährleisten müsste, hätte weitreichende positive Wirkungen für die Versorgung von Politik und breiter Öffentlichkeit mit qualitativ hochwertigen Informationen aus der Wissenschaft und würde dem Verlust einer zumindest basalen *Scientific Literacy* in der Gesellschaft entgegenwirken.

15 Kriterien etwa nach dem Vorbild von medien-doktor.de und des dort getesteten „PR-Watch“ oder auch der Royal Society (http://www.sirc.org/publik/revised_guidelines.pdf) könnten hierfür ein Ausgangspunkt sein. Siehe auch: Arnold, K. (2008): Qualität im Journalismus – ein integratives Konzept. Publizistik 53(4), 488-508.

16 Lobigs, F.: Die Zukunft der Finanzierung von Qualitätsjournalismus. (Expertise für die Arbeitsgruppe).

Weiterführende Literatur

- Allgaier, J., Dunwoody, S., Brossard, D., Lo, Y. Y., & Peters, H. P. (2013): Journalism and Social Media as Means of Observing the Contexts of Science. *BioScience*, 63(4), 284-287.
- Arnold, K. (2008): Qualität im Journalismus – ein integratives Konzept. *Publizistik* 53(4), 488-508.
- Bauer, M. W. (2009): The evolution of public understanding of science – discourse and comparative evidence. *Science Technology & Society*, 14(2), 221-240.
- Bauer, M. W. (2013): The Knowledge Society Favours Science Communication, but Puts Science Journalism into the Clinch. In: Baranger, P., Schiele, B. (Hrsg.) (2013): *Science Communication Today. International perspectives, Issues and Strategies*, Paris: CNRS Editions.
- Bauer, M. W., Bucchi, M. (Hrsg.) (2007): *Journalism, science and society: Science communication between news and public relations*. London: Routledge.
- Bucchi, M., Trench, B. (Hrsg.) (2008): *Handbook of Public Communication of Science and Technology*. London: Routledge.
- Butler, L. (2010): Impacts of performance-based research funding systems: a review of the concerns and the evidence. Presentation to OECD-Norway Workshop on Performance-Based Funding for Public Research in Tertiary Education Institutions Paris (Vol. 21).
- Downs, A. (1972): Up and down with ecology: The issue attention cycle. *Public interest*, 28(1), 38-50.
- Elmer, C., Badenschier, F., Wormer, H. (2008): Science for everybody? How the coverage of research issues in German newspapers has increased dramatically. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 85(4), 878-893.
- Gauchat, G. (2012): Politicization of Science in the Public Sphere A Study of Public Trust in the United States, 1974 to 2010. *American Sociological Review*, 77(2), 167-187.
- Grande, E., Jansen, D., Jarren, O., Rip, A., Schimank, U., Weingart, P. (Hrsg.) (2013): *Neue Governance der Wissenschaft. Reorganisation – externe Anforderungen – Medialisierung*. Bielefeld: Transcript.
- Hettwer, H., Lehmkuhl, M., Wormer, H., Zotta, F. (Hrsg.) (2008): *WissensWelten. Wissenschaftsjournalismus in Theorie und Praxis*. Gütersloh: Verlag der Bertelsmann-Stiftung.
- Hömberg, W. (1989): *Das verspätete Ressort: die Situation des Wissenschaftsjournalismus*. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.
- Jarren, O., Donges, P. (2006): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung*. Dordrecht: Springer.
- Jerome, F. (1986): *Gee Whiz! Is That All There Is?* In: Friedman, S. M., Dunwoody, S., Rogers, C. L. (Hrsg.): *Scientists and journalists: Reporting science as news (AAAS Issues in Science and Technology Series)*. New York: The Free Press, 147-154.
- Kohring, M. (1997): *Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kohring, M., Marcinkowski, F., Lindner, C., Karis, S. (2013): Media Orientation of University Decision Makers and the Executive Influence of Public Relations. *Public Relations Review*, 39 (3), 171-177.
- Löfstedt, R. E. (2010): Risk communication guidelines for Europe: A modest proposition. *Journal of Risk Research*, 13(1), 87-109.
- Marcinkowski, F., Kohring, M., Friedrichsmeier, A., Fürst, S. (2013): *Neue Governance und die Öffentlichkeit der Hochschulen*. In: Grande, E., Jansen, D., Jarren, O., Rip, A., Schimank, U., Weingart, P. (Hrsg.) (2013): *Neue Governance der Wissenschaft. Reorganisation – externe Anforderungen – Medialisierung*. Bielefeld: Transcript.
- Nisbet, M. C., Scheufele, D. A., Shanahan, J., Moy, P., Brossard, D., Lewenstein, B. V. (2002): Knowledge, reservations, or promise? A media effects model for public perceptions of science and technology. *Communication Research*, 29(5), 584-608.
- Peters, H. P., Brossard, D., De Cheveigné, S., Dunwoody, S., Kallfass, M., Miller, S., Tsuchida, S. (2008): Interactions with the mass media. *Science* 321.5886: 204.
- Präsident der Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.) (2008): *Leitlinien Politikberatung*. Berlin.
- Power, M. (1999): *The Audit Society. Rituals of Verification*. Oxford: Oxford University Press.

- Schäfer, M. S. (2007): Wissenschaft in den Medien. Die Medialisierung naturwissenschaftlicher Themen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt-Aßmann, E. (2008): Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Politikberatung: Demokratische und rechtsstaatliche Rationalität. In: Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.) (2008): Leitlinien Politikberatung. Berlin, 19-31.
- Rödter, S., Franzen, M., Weingart P. (Hrsg.). (2012): The Sciences' Media Connection: Public Communication and Its Repercussions. Vol. 28. Dordrecht: Springer.
- Weingart, P. (2005): Die Wissenschaft der Öffentlichkeit. Weilerswist: Velbrück.
- Weingart, P., Lentsch, J. (2008): Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland. Weilerswist: Velbrück.
- Wormer, H. (2006): Die Wissensmacher. Wiebaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- English, Sue/Harrabin, Roger 2003: BBC Risk Guidance for Journalists. Online: <http://www.bbc.co.uk/guidelines/editorialguidelines/page/guidance-risk> (02.07.2013)
- Kenward, Michael 1996: Going Public: An Introduction to Communicating Science, Engineering and Technology. Online: <http://www.berr.gov.uk/files/file14581.pdf> (02.07.2013)
- National Environment Research Council 2011: Engaging the Public with your Research. Online: <http://www.nerc.ac.uk/publications/guidance/documents/engaging-the-public.pdf> (02.07.2013)
- National Science and Engineering Research Council of Canada: Communicating Science to the Public. A Handbook for Researchers. Online: http://www.communicatingastronomy.org/repository/guides/commsci_eng.pdf (02.07.2013)
- Royal Society 2000a: Scientists and the media. Guidelines for scientists working with the media and comments on a Press Code of Practice. Online: http://royalsociety.org/uploadedFiles/Royal_Society_Content/policy/publications/2000/10074.pdf (02.07.2013)
- Science Media Centre o.J.: Top tips for media work. A guide for scientists. Online: <http://www.science-mediacentre.org/wp-content/uploads/2012/09/Top-Tips-for-Media-Work.pdf> (02.07.2013)
- Sense About Science 2006: Standing up for Science. A guide to the media for early career scientists. Online: <http://www.senseaboutscience.org/data/files/resources/13/Standing-up-for-Science-interactive.pdf> (02.07.2013)
- Social Issues Research Centre/Royal Society/Royal Institution of Great Britain 2001: Guidelines on science and health communication. Online: http://www.sirc.org/publik/revised_guidelines.pdf (02.07.2013)
- Biological Sciences Research Council 2006: BBSRC Guide to the Media. Online: http://www.bbsrc.ac.uk/web/FILES/Guidelines/media_guide.pdf (02.07.2013)
- Economic and Social Research Council o.J.: Working with the media. A best practice guide. Online: http://www.esrc.ac.uk/_images/Working_with_the_Media_tcm8-2674.pdf (02.07.2013)
- European Commission 2004: European Research – A guide to successful communication. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities. Online: http://ec.europa.eu/research/conferences/2004/cer2004/pdf/rtd_2004_guide_success_communication.pdf (02.07.2013)
- European Commission 2006: Communicating science – A scientist's survival kit. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities. Online: http://ec.europa.eu/research/science-society/pdf/communicating-science_en.pdf (02.07.2013)

Leitfäden zur Wissenschaftskommunikation (Auswahl)

3. Empfehlungen zur zukünftigen Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen

Um die Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien in der Demokratie zu gewährleisten und den beschriebenen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, formulieren die Akademien die folgenden Empfehlungen.

3.1 Empfehlungen an die Wissenschaft

Grundlage eines Vertrauensverhältnisses zwischen den Bürgern eines demokratischen Gemeinwesens und den Institutionen der Wissenschaft mit ihren Experten ist die verantwortungsbewusste, wahrhaftige und uneigennützig Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Öffentlichkeit. Das Vertrauen in Experten ist teilweise u. a. deshalb erodiert, weil die Wissenschaft Kommunikationsformen übernommen hat, die die Techniken und die Sprache der Werbewirtschaft, des Marketing und der Public Relations verwenden. Es gilt deshalb diese Formen zu vermeiden und nur solche – nämlich argumentative und kritisch reflektierende – zu wählen, die der Wissenschaft angemessen und dazu geeignet sind, Vertrauen wieder herzustellen, wo es um die Vermittlung von wissenschaftlichen Inhalten und deren Diskussion geht.

1. Die zentralen Gremien und die Leitungsebenen aller wissenschaftlichen Einrichtungen sollten ihre Kommunikationsstrategien im Hinblick auf die Einhaltung auch wissenschaftlicher Qualitätsstandards und wissenschaftlicher Ehrlichkeit (argumentativ, abwägend, evidenzbasiert) überarbeiten. Analog zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis gilt es, eine Sicherung guter Wissenschaftskom-

munikationspraxis zu entwickeln. Institutionelle Public-Relations-Kommunikationsformate seitens Universitäten und Forschungseinrichtungen sollten immer klar als solche kenntlich gemacht werden.

Sie werden gleichzeitig aufgefordert, zusammen mit Wissenschaftlern und Journalisten ethische Grundsätze (z. B. die Verpflichtung als ehrlicher Makler aufzutreten, indem faktengetreu informiert und Zugang zu allen Forschenden geschaffen wird sowie Medienpartnerschaften vermieden werden) und Qualitätskriterien zur Kommunikation ihrer Forschungsergebnisse an die breite Öffentlichkeit sowie an Massenmedien zu entwickeln. Ein Vorbild hierfür könnte etwa die Ziffer 14 des Pressekodex zur Kommunikation medizinischer Forschungsergebnisse sein, der auffordert, sensationelle oder vorwegnehmende Berichterstattung zu vermeiden. Weitere Anhaltspunkte liefern die Bewertungskriterien für die Wissenschaftsberichterstattung, wie sie für die Medizin- und Umweltberichterstattung bereits entworfen wurden (vgl. den Mediendoktor der Technischen Universität Dortmund).

2. Den Wissenschaftsorganisationen wird empfohlen, ein übergreifendes Qualitätslabel für vertrauenswürdige Wissenschaftskommunikation zur Auszeichnung institutioneller Pressearbeit unter den o.g. Kriterien einzuführen. Dies sollte in Zusammenarbeit mit den auf diesem Gebiet einschlägigen Organisationen wie *Wissenschaft im Dialog* (WiD) oder *Informationsdienst-Wissenschaft* (idw) geschehen. Der idw sollte die Mitgliedschaft der Institutionen an die Einhaltung der hier genannten Standards knüpfen. In einem

ersten Schritt sollte die Thematik etwa beim Jahrestreffen der Pressesprecher der idw-Mitgliedsinstitutionen diskutiert werden. Die Kriterien für den jährlich vergebenen idw-Preis für die „beste Pressemitteilung des Jahres“ wären ebenfalls unter diesem Gesichtspunkt anzupassen.

Flankierend könnten die Akademien einen „Akademienpreis für sachlich-redliche Wissenschaftskommunikation“ ausschreiben, um den sich alle wissenschaftlichen Institutionen in Deutschland bewerben können. Die Formulierung von Kriterien für derartige Preise sollte jeweils aktuelle Forschungsergebnisse zur Wissenschaftskommunikation berücksichtigen.

3. Das Prinzip der wissenschaftlichen Redlichkeit und Selbstkritik des einzelnen Wissenschaftlers/der einzelnen Wissenschaftlerin sollte auch im Hinblick auf die Kommunikation mit der Öffentlichkeit bzw. mit den Medien Geltung erlangen und gestärkt werden. Wissentliche, nicht durch Daten bzw. Evidenzen gedeckte Übertreibung von Forschungsergebnissen gegenüber den Medien (*Hype*), die den Prinzipien wahrhaftiger innerwissenschaftlicher Kommunikation widerspricht, muss als Verstoß gegen gute wissenschaftliche Praxis gelten und entsprechend sanktioniert werden. Eine entsprechende Norm sollte in die einschlägigen Verhaltenskodices (DFG, MPG) aufgenommen werden. Das Gleiche gilt für das Verschweigen von wichtigen Unsicherheiten der Ergebnisse, von Datenlücken, methodischen Problemen sowie begründeten Einwänden und anderen Umständen, die deutlich machen, dass die Ergebnisse als vorläufig bzw. unsicher

einzustufen sind. Die Sensibilisierung für solche Verstöße sollte bereits im Rahmen der Doktorandenausbildung beginnen und mit der Vermittlung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis verbunden sein.

4. Universitäten und Forschungseinrichtungen müssen ihre internen Leistungsmaße verstärkt so gestalten, dass sie nicht ein den Grundsätzen wahrhaftiger Kommunikation widersprechendes Verhalten nahelegen und belohnen. Dies betrifft vor allem die unkritische Verwendung bibliometrischer Indikatoren bei Beförderungen, Berufungen und der Leistungsorientierten Mittelvergabe (LOM). Zudem sind die DFG, der Wissenschaftsrat sowie die zuständigen Ministerien der Länder aufgefordert, die eingeführten Leistungsmaße so umzugestalten, dass ungewollte negative Folgen verhindert werden.

3.2 Empfehlungen an Politik und Gesellschaft

Die Politik beeinflusst in mehrfacher Weise die Qualität der Kommunikation der Wissenschaft. Zum einen gestaltet sie (in Gestalt der Bundes- und Länderregierungen) die Rahmenbedingungen der Wissenschaft insgesamt und speziell der Wissenschaftskommunikation. Das gilt im Hinblick auf die Kommunikation insbesondere für die Schaffung von Leistungsanreizen sowie für spezielle Förderprogramme, in denen diese bevorzugt zum Einsatz kommen (s. Exzellenzinitiative). Durch diese Einführung von „Quasimärkten“ in das Wissenschaftssystem ist es seit einiger Zeit zu einer Veränderung des Kommunikationsverhaltens sowohl der Wissenschaftler als auch der Universitä-

ten und Forschungseinrichtungen gekommen, das sich verallgemeinernd als die Orientierung an den Aufmerksamkeitskriterien der Medien beschreiben lässt. Die (Wissenschafts-)Politik hat auf diese Weise zu einer Verstärkung der Konkurrenz um Aufmerksamkeit beigetragen, die mit den Mitteln der Werbewirtschaft ausgetragen wird.

Zum anderen fragt die Politik wissenschaftliche Beratung nach. Daran knüpfen sich zuweilen Erwartungen eindeutiger Handlungsempfehlungen, die die Wissenschaft oft weder liefern kann noch liefern sollte. Damit verbindet sich die Gefahr, dass der wissenschaftliche Rat für politische Ziele instrumentalisiert wird, sei es, dass politische Entscheidungen legitimiert werden sollen, sei es, dass innerwissenschaftliche Kontroversen genutzt werden, um fällige politische Entscheidungen zu verhindern. Die zentrale Funktion der wissenschaftlichen Beratung ist demgegenüber die Bereitstellung möglicher Handlungsoptionen mit den dazugehörigen Risiken und Unsicherheiten.

Die Rolle weiterer nicht-staatlicher Akteure bei der Förderung des Wissenschaftsjournalismus, vor allem der Stiftungen, kann in Deutschland noch ausgebaut werden: Im Vergleich zu den USA ist eine nachhaltige Stiftungsfinanzierung des Journalismus in Deutschland als unterentwickelt anzusehen. Zwar haben sich hier in der Vergangenheit einzelne Stiftungen (z. B. die Robert Bosch Stiftung, Bertelsmann Stiftung) mit befristeten Förderprogrammen in der Aus- und Weiterbildung von Wissenschaftsjournalisten profiliert. Nachhaltige Unterstützungsmodelle für die qualitativ hochwertige Wissenschaftsberichterstattung fehlen jedoch bis heute. Dies mag auch an der Skepsis vieler Medienbetriebe gegenüber einem stiftungsfinanzierten Journalismus liegen. Da eine Finanzierung von Qualitätsjournalismus aus anderen Quellen aller Voraussicht nach nur in Teilen ge-

lingen wird, gewinnen Modelle zumindest einer Teilfinanzierung von Qualitätsmedien sowie einzelnen Journalisten durch Stiftungen künftig an Bedeutung.

5. Der Politik wird empfohlen, Anreize für Universitätsleitungen und für die Leitungen von anderen Forschungsinstitutionen zu setzen sowie redliche Kommunikation zu fördern (siehe Empfehlungen 1. bis 4.). Dazu könnten öffentliche Preise für besonders gelungene Kommunikationskonzepte, Sondermittel zur wissenschaftlichen Evaluierung von Kommunikationskonzepten und ihren Wirkungen sowie Fördermittel für die wissenschaftliche Weiterbildung von Kommunikationsexperten bzw. kommunikative Weiterbildung für Fachexperten gehören, ebenso die Schaffung eines eigenen Qualitätslabels, vergeben auf der Basis von Vorschlägen einer unabhängigen Jury.

6. Regierung und politische Parteien sollten der Sicherung des regionalen wie überregionalen unabhängigen Qualitätsjournalismus gesteigerte Aufmerksamkeit schenken. Gemeinsam mit Vertretern der Verlage, Sender, Journalisten und ihrer jeweiligen Verbände sowie der Wissenschaft sollten geeignete Maßnahmen erarbeitet werden, um einen unabhängigen Qualitätsjournalismus und damit auch eine dementsprechende Berichterstattung über Wissenschaft und Forschung zu sichern (z. B. durch Steuervergünstigungen oder Gemeinnützigkeitsmodelle). Die Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Sender sollten im Hinblick auf den Programmauftrag ein intensiveres Augenmerk auf eine stärkere Gewichtung der Ausgaben für Information, Bildung und Wissen im Vergleich zu unterhaltenden Inhalten legen. Vertreter der Wissenschaft sollten ein stärkeres Gewicht in den Rundfunkräten erhalten.

Die Politik sollte die Forschung zur Zukunft und Finanzierung eines qualitativ hochwertigen Journalismus vorantrei-

ben, der die Kompetenz von Journalisten insbesondere im Hinblick auf die Wissenschaft stärkt. Dazu wird empfohlen, auch Vertreter der Medien bei der Formulierung von Forschungsdesideraten zu diesem Themenkomplex einzubeziehen. Außerdem sollte Forschung zu politischen Steuerungsinstrumenten im Wissenschaftssystem stärker gefördert werden, um deren unbeabsichtigte Wirkungen auf das Kommunikationsverhalten weiter aufzuklären. Diese Aufgabe kann jenseits der Forschungsförderungsorganisationen selbst z. B. den Mitgliedsinstitutionen des vom BMBF geförderten „Kompetenzzentrums Bibliometrie“ zugewiesen werden oder etwa im Rahmen entsprechend neuer programmorientierter Förderlinien bzw. im Bereich der Ressortforschung verortet werden.

7. Stiftungen in Deutschland sind aufgefordert, ein künftiges Engagement in der nachhaltigen Förderung des Qualitätsjournalismus zu prüfen. Dies gilt insbesondere für Stiftungen, die sich satzungsgemäß mit der Stärkung der demokratischen Strukturen beschäftigen, aber auch für jene, die sich der Stärkung von Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie in Deutschland verschrieben haben. Dazu wird die Einrichtung eines Arbeitskreises aus Vertretern der Stiftungen, der Medien, der Wirtschaft und der Wissenschaft (inklusive der Wissenschaftspressestellen) empfohlen, mit dem Ziel, Modelle, mögliche Rahmenbedingungen, Grenzen und Risiken eines stärker stiftungsfinanzierten, gleichwohl unabhängigen Journalismus in Deutschland zu erarbeiten.

8. In den Schulen und in der Lehrerbildung müssen die Regeln und Funktionsweisen des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses stärker vermittelt werden. Es muss Verständnis dafür geweckt werden, dass Wissen vorläufig ist und sich fortlaufend verändert. In gleicher Weise sollten die Funktionsweisen des Mediensystems

vermittelt und dadurch eine reflektierte Medienkompetenz gefördert werden, die insbesondere Unterschiede zwischen unabhängigem Journalismus und PR-Kommunikation bewusst macht.

3.3 Empfehlungen an die Medien

Die Berichterstattung über Themen aus Wissenschaft, Medizin und Technik gehört der Leserforschung zufolge in Deutschland zu den vielversprechenden Zukunftsfeldern innerhalb der Massenmedien. Zunehmend findet diese Berichterstattung nicht mehr nur in abgegrenzten Redaktionen oder Formaten der Wissenschaftskommunikation statt, sondern durchdringt auch eine Reihe anderer Ressorts. Gerade in den allgemeinen Redaktionen vieler Medien (*Aktuelles, Nachrichten* etc.) besteht jedoch insgesamt ein Defizit an wissenschaftlich, insbesondere an naturwissenschaftlich vorgebildeten Redakteuren; selbst große Nachrichtenredaktionen der öffentlich-rechtlichen Sender verfügen mitunter nicht über einen einzigen Redakteur mit den nötigen wissenschaftlichen Grundkenntnissen in Wissenschaft, Medizin oder Technik. Insgesamt ist das Grundverständnis für wissenschaftliches Arbeiten und die Strukturen der Forschung in den nicht auf Wissenschaft spezialisierten Redaktionen (einschließlich der meisten Chefredaktionen) sehr begrenzt.

Unabhängiger Journalismus ist auch im Zeitalter der sogenannten neuen Medien unabdingbarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Eine funktionierende Informations-, Analyse- und Kritikfunktion gegenüber der Politik, aber auch gegenüber anderen gesellschaftlichen Teilsystemen (z. B. Wirtschaft, Wissenschaft) setzt jedoch bestimmte Qualitätsstandards in der Berichterstattung voraus. Die Akademien bekennen sich zur Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien zur Sicherung einer flächendeckenden journalistischen Grundversorgung – un-

ter der Voraussetzung eines dazu geeigneten Profils dieser Medien. Auch aus ökonomischer Perspektive ist journalistische Qualität ein zentraler Faktor für die Zukunftssicherung der Massenmedien sowie die vieler Fachmedien. Nur wenn die Medien potenziellen Kunden einen Mehrwert in puncto Informationen bieten, die etwa via Internet oder in sozialen Netzwerken frei zugänglich sind, wird auch weiterhin eine breite Bereitschaft bestehen, für dieses Mehr an Qualität zu bezahlen. Die Qualität der Informationsversorgung im Allgemeinen und auch der Wissenschaftsberichterstattung im Speziellen hängt letztlich eng vom Zustand der Medien insgesamt ab. Trotz oder gerade wegen des ökonomischen Drucks durch die Krise der bisherigen Erlösmodelle müssen die Medien verstärkt auf die journalistische Qualität ihrer Produkte achten. Hierzu gehört auch, neue innovative Felder (z. B. im Datenjournalismus oder im Bereich des partizipativen Journalismus und der neuen Medien) zu erschließen.

Im Journalismus selbst wurde es bisher über weite Strecken versäumt, die Bedeutung möglichst unabhängiger Medien und die Notwendigkeit von professionellen Qualitätsstandards für die Versorgung einer breiten Öffentlichkeit mit zuverlässigen Informationen zu kommunizieren. Stattdessen scheint die Debatte über die Zukunft der Medien in diesen selbst häufig von Partikularinteressen einzelner Verlage oder Sender geprägt zu sein. Stattdessen wäre aber gerade eine gemeinsame Kommunikation und nachhaltige Vermittlung der zentralen Bedeutung des Journalismus an die Öffentlichkeit durch alle Medienbetriebe ein wichtiger Baustein für deren Zukunftssicherung. Hierzu gehört auch die verstärkte gemeinsame Entwicklung neuer Finanzierungs- und Erlösmodelle.

9. Verlage und Sender, Ausbildungseinrichtungen und (wissenschafts-)journalistische

Berufsverbände sollten die Entwicklung von Qualitätskriterien für die Berichterstattung über Wissenschaftsthemen inhaltlich vorantreiben und finanziell unterstützen. Hierzu gehört u. a. die Weiterentwicklung von handwerklichen und ethischen Standards für die Recherche (z. B. Transparenzregeln) sowie von Empfehlungen für die Aus- und Weiterbildung, insbesondere auch für nicht auf Wissenschaft spezialisierte Redaktionen und Journalisten. Eine systematische und kontinuierliche journalistische Aus- und Weiterbildung zur Sicherung der journalistischen Qualität muss in allen Medienbereichen wieder stärker sowie nach außen sichtbar Raum greifen und insbesondere für die öffentlich-rechtlichen Medien verpflichtend werden.

10. Es wird die Einrichtung eines Wissenschaftspresserats nach dem Vorbild des Deutschen Presserats oder in direkter Anbindung an diesen empfohlen, der Beschwerden über unfaire und fahrlässige Berichterstattung beurteilt, eklatante Fehlleistungen rügt und entsprechende Kodizes erarbeitet. Dem Wissenschaftspresserat sollen Chefredakteure und Intendanten ebenso angehören wie spezialisierte Wissenschaftsjournalisten, Vertreter der Wissenschaftspressestellen und Wissenschaftler verschiedener Fachdisziplinen.

11. Die von der Wissenschaftspressekonferenz initiierte Einrichtung eines Science Media Center in Deutschland zur Unterstützung der Massenmedien bei der Wissenschaftsberichterstattung wird befürwortet. Das gilt insbesondere dem Aspekt, dass eine solche Einrichtung – anders als etwa in Großbritannien – institutionell nicht aufseiten der Wissenschafts-PR, sondern dauerhaft aufseiten des Journalismus angesiedelt ist. Hierbei erscheint eine Kooperation zwischen wissenschaftsjournalistischen Verbänden und Nachrichtenagenturen (z. B. dpa) als ein besonders prüfungswertes Modell.

12. Den Massenmedien, Verlegerverbänden und vergleichbaren Einrichtungen wird empfohlen, gemeinsame Strategien zur Kommunikation der Rolle und Bedeutung eines unabhängigen Journalismus in der Demokratie zu entwickeln. Insbesondere sollen neue Finanzierungsmodelle für einen unabhängigen und wissensbasierten Qualitätsjournalismus entwickelt werden, der auch die neuen Medien einbezieht. Für die neuen Medien sollten zusammen mit engagierten Bloggern und anderen Vertretern aus diesen Bereichen Modelle einer Qualitäts- und Selbstkontrolle im Hinblick auf Fairness entwickelt werden, wie sie für den Qualitätsjournalismus über viele Jahrzehnte gewachsen und durch einschlägige Berufsnormen bis hin zur Rechtsprechung etabliert wurden.

13. Die öffentlich-rechtlichen Sender sind gebührenfinanziert und unterliegen daher nicht den Zwängen des Medienmarkts. Sie werden deshalb nachdrücklich dazu aufgefordert, in ihrem redaktionellen Angebot den Informationsauftrag gegenüber dem Unterhaltungsauftrag wieder deutlich zu stärken. Im Unterhaltungsbereich eingesparte Mittel sollten nicht zuletzt für eine höhere Honorierung einer intensiven bis investigativen Recherche in Gestalt der Bezahlung freier Journalisten eingesetzt werden. Es sollte ferner geprüft werden, inwieweit Inhalte aus dem Bereich Bildung und Wissenschaft länger und besser im Internet zugänglich gemacht werden können, als dies bisher durch geltende Beschränkungen möglich ist.

4. Methodik

4.1 Mitwirkende in der Arbeitsgruppe

Arbeitsgruppe

Prof. Dr. Peter Weingart	Universität Bielefeld, Sprecher der AG
Heidi Blattmann	Herrliberg (Schweiz)
Prof. Dr. Gerd Gigerenzer	Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl	GeoForschungsZentrum Potsdam (GFZ)
Prof. Dr. Otfried Jarren	Universität Zürich
Prof. Dr. Alfred Pühler	Universität Bielefeld
Prof. Dr. Ortwin Renn	Universität Stuttgart
Ulrich Schnabel	Die ZEIT
Prof. Dr. Pirmin Stekeler-Weithofer	Universität Leipzig
Prof. Holger Wormer	Technische Universität Dortmund

Gäste der Arbeitsgruppe

Dr. Martina Röbbecke	acatech Geschäftsstelle
Dr. Wolf-Hagen Krauth	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW)
Dr. Christian Anton	Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Patricia Schulz	Universität Bielefeld
-----------------	-----------------------

Koordination

Dr. Marc-Denis Weitze	acatech Geschäftsstelle
-----------------------	-------------------------

Gutachter

Prof. Dr. Martin W. Bauer	The London School of Economics and Political Science
Prof. Dr. Klaus Fiedler	Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Prof. Dr. Armin Grunwald	Karlsruher Institut für Technologie (KIT)
Prof. Dr. Peter Graf Kielmansegg	Universität Mannheim
Prof. Dr. Georg Ruhmann	Friedrich-Schiller-Universität Jena
Christian Schwägerl	freier Journalist
Dr. Dagmar Simon	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

4.2 Methodik und Projektverlauf

In der Sitzung des Ständigen Ausschusses der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina am 16. September 2011 wurde das Projekt „Zum Verhältnis zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien“ auf Vorschlag von acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) bewilligt.

Zwei Sitzungen der Arbeitsgruppe fanden in Verbindung mit Expertenanhörungen statt, wobei Experten verschiedener Hierarchieebenen in Wissenschaft und Medien befragt wurden – von Postdocs bis zu Institutsleitern und von freien Redakteuren bis zu Intendanten.

Am 20.6.2012 wurden angehört

Prof. Dr. Achim Brauer	Deutsches GeoForschungsZentrum Potsdam (GFZ)
Prof. Dr. Reinhard Kurth †	ehem. Robert Koch-Institut
Dr. Roland Wagner	Georg-August-Universität Göttingen

sowie die Gäste

Dr. Arlena Jung	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Prof. Dr. Frank Marcinkowski	Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Prof. Dr. Hans Peter Peters	Forschungszentrum Jülich

und am 05.12.2012

Sascha Karberg	Journalistenbüro Schnittstelle
Christoph Koch	stern
Beatrice Lugger	Nationales Institut für Wissenschaftskommunikation (NaWiK)/ Blog Quantensprung
Lutz Marmor	Norddeutscher Rundfunk

sowie die Gäste

Dr. Martina Franzen	Universität Bielefeld
Dr. Simone Rödder	Universität Hamburg

Darüber hinaus wurden individuelle Expertengespräche geführt mit

Markus Weißkopf	Wissenschaft im Dialog gGmbH (09.10.2012)
Prof. Dr. Günter Ziegler	Freie Universität Berlin (16.10.2012)
Prof. Dr. Jörg Steinbach und Stefanie Terp	Technische Universität Berlin (25.10.2012)
Prof. Dr. Peter-André Alt und Anna Dannenberg	Freie Universität Berlin (25.10.2012)

Schriftliche Expertisen wurden eingeholt von

Dr. Martina Franzen	Universität Bielefeld
Prof. Dr. Frank Lobigs	Technische Universität Dortmund
Prof. Dr. Christoph Neuberger	Ludwig-Maximilians-Universität München
Dr. Birgit Metzger und Dr. Roland Wagner	Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg Georg-August-Universität Göttingen
Dr. Simone Rödder	Universität Hamburg
Prof. Dr. Mike S. Schäfer	Universität Zürich
Dr. Tabea Schönbauer	München
Prof. Dr. Gabriele Siegert	Universität Zürich

Diese schriftlichen Expertisen wurden am 18.1. und am 22.4.2013 in Sitzungen der Arbeitsgruppe (teilweise in Anwesenheit der Autorinnen und Autoren) diskutiert und sind veröffentlicht in Peter Weingart und Patricia Schulz (Hg.): Wissen – Nachricht – Sensation. Zur Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien (Velbrück / Weilerswist 2014).

In Sitzungen der Arbeitsgruppe am 20.3., 22.4., 15.5. und 19.6.2013 wurden Entwürfe der Stellungnahme und Empfehlungen in der Arbeitsgruppe auf Grundlage der Recherchen, Expertenanhörungen, -gespräche und Expertisen diskutiert.

Die Stellungnahme wurde am 19. März 2014 vom Ständigen Ausschuss der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina verabschiedet.

Die Akademien danken allen Beteiligten. Die Inhalte der vorliegenden Stellungnahme liegen in der alleinigen Verantwortung der Akademien.

Deutsche Akademie der Naturforscher
Leopoldina e.V.
Nationale Akademie der Wissenschaften

acatech – Deutsche Akademie
der Technikwissenschaften e.V.

Union der deutschen Akademien
der Wissenschaften e.V.

Jägerberg 1
06108 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 472 39-600
Fax: (0345) 472 39-919
E-Mail: leopoldina@leopoldina.org

Residenz München, Hofgartenstraße 2
80539 München
Tel.: (089) 5 20 30 9-0
Fax: (089) 5 20 30 9-9
E-Mail: info@acatech.de

Geschwister-Scholl-Straße 2
55131 Mainz
Tel.: (06131) 218528-10
Fax: (06131) 218528-11
E-Mail: info@akademienunion.de

Berliner Büro:
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Hauptstadtbüro:
Unter den Linden 14
10117 Berlin

Berliner Büro:
Jägerstraße 22/23
10117 Berlin

Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften unterstützen Politik und Gesellschaft unabhängig und wissenschaftsbasiert bei der Beantwortung von Zukunftsfragen zu aktuellen Themen. Die Akademiemitglieder und weitere Experten sind hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland. In interdisziplinären Arbeitsgruppen erarbeiten sie Stellungnahmen, die nach externer Begutachtung vom Ständigen Ausschuss der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina verabschiedet und anschließend in der Schriftenreihe zur wissenschaftsbasierten Politikberatung veröffentlicht werden.

Schriftenreihe zur wissenschaftsbasierten Politikberatung

ISBN: 978-3-8047-3286-5